Gesetz
über die Ausweitung und Stärkung der Rechte des Bundestages und des Bundesrates in Angelegenheiten der Europäischen Union

Vom 22. September 2009

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Gesetz
über die Wahrnehmung der Integrationsverantwortung des Bundestages und des Bundesrates in Angelegenheiten der Europäischen Union (Integrationsverantwortungsgesetz – IntVG)

§ 1

Integrationsverantwortung

(1) Der Bundestag und der Bundesrat nehmen in Angelegenheiten der Europäischen Union ihre Integrationsverantwortung insbesondere nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen wahr.

(2) Der Bundestag und der Bundesrat sollen über Vorlagen nach diesem Gesetz in angemessener Frist beraten und Beschluss fassen und dabei die für die Schlussfassung auf der Ebene der Europäischen Union maßgeblichen Fristvorgaben berücksichtigen.

§ 2

Vereinfachtes Vertragsänderungsverfahren

Eine Zustimmung der Bundesrepublik Deutschland zu einem Beschluss des Europäischen Rates gemäß Artikel 48 Absatz 6 Unterabsatz 2 und 3 des Vertrags über die Europäische Union erfolgt durch ein Gesetz gemäß Artikel 23 Absatz 1 des Grundgesetzes.

§ 3

Besondere Vertragsänderungsverfahren

(1) Eine Zustimmung der Bundesrepublik Deutschland zu einem Beschluss des Rates gemäß Artikel 218 Absatz 8 Unterabsatz 2 Satz 2 oder gemäß Artikel 311 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union erfolgt durch ein Gesetz gemäß Artikel 23 Absatz 1 des Grundgesetzes.

(2) Absatz 1 gilt auch für Bestimmungen, die der Rat gemäß Artikel 25 Absatz 2, Artikel 223 Absatz 1 Unterabsatz 2 oder Artikel 262 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union erlässt.

(3) Der deutsche Vertreter im Europäischen Rat darf einem Beschlussvorschlag gemäß Artikel 42 Absatz 2 Unterabsatz 1 Satz 2 des Vertrags über die Europäische Union nur zustimmen oder sich bei einer Schlussfassung enthalten, nachdem der Bundestag hierzu einen Beschluss gefasst hat. Einen entsprechenden Antrag im Bundestag kann auch die Bundesregierung stellen. Ohne einen solchen Beschluss des Bundestages muss der deutsche Vertreter im Europäischen Rat den Beschlussvorschlag ablehnen. Nachdem ein Beschluss des Europäischen Rates gemäß Artikel 42 Absatz 2 Unterabsatz 1 Satz 2 des Vertrags über die Europäische Union gefasst worden ist, erfolgt eine Zustimmung der Bundesrepublik Deutschland durch ein Gesetz gemäß Artikel 23 Absatz 1 des Grundgesetzes.

§ 4

Brückenklauseln

(1) Der deutsche Vertreter im Europäischen Rat darf einem Beschlussvorschlag gemäß Artikel 48 Absatz 7
Unterabsatz 1 Satz 1 oder Unterabsatz 2 des Vertrags über die Europäische Union nur zustimmen oder sich bei einer Beschlussfassung enthalten, nachdem hierzu ein Gesetz gemäß Artikel 23 Absatz 1 des Grundgesetzes in Kraft getreten ist. Ohne ein solches Gesetz muss der deutsche Vertreter im Europäischen Rat den Beschlussvorschlag ablehnen.

(2) Der deutsche Vertreter im Rat darf einem Beschlussvorschlag gemäß Artikel 81 Absatz 3 Unterabsatz 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union nur zustimmen oder sich bei einer Beschlussfassung enthalten, nachdem hierzu ein Gesetz gemäß Artikel 23 Absatz 1 des Grundgesetzes in Kraft getreten ist. Ohne ein solches Gesetz muss der deutsche Vertreter im Rat den Beschlussvorschlag ablehnen.

§ 5
Zustimmung im Europäischen Rat bei besonderen Brückenklauseln

(1) Der deutsche Vertreter im Europäischen Rat darf einem Beschlussvorschlag gemäß Artikel 31 Absatz 3 des Vertrags über die Europäische Union oder gemäß Artikel 312 Absatz 2 Unterabsatz 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union nur zustimmen oder sich bei einer Beschlussfassung enthalten, nachdem der Bundestag hierzu einen Beschluss gefasst hat. Einen entsprechenden Antrag im Bundestag kann auch die Bundesregierung stellen. Ohne einen solchen Beschluss des Bundestages muss der deutsche Vertreter im Europäischen Rat den Beschlussvorschlag ablehnen.

(2) Zusätzlich zu dem Beschluss des Bundestages muss der Bundesrat einen entsprechenden Beschluss gefasst haben, wenn Gebiete betroffen sind.

1. für welche eine Gesetzgebungszuständigkeit des Bundes nicht besteht,
2. für welche die Länder gemäß Artikel 72 Absatz 2 des Grundgesetzes das Recht zur Gesetzgebung haben,
3. für welche die Länder gemäß Artikel 72 Absatz 3 oder Artikel 84 Absatz 1 des Grundgesetzes abweichende Regelungen treffen können oder
4. deren Regelung durch ein Bundesgesetz der Zustimmung des Bundesrates bedarf.

§ 6
Zustimmung im Rat bei besonderen Brückenklauseln

(1) Der deutsche Vertreter im Rat darf einem Beschlussvorschlag gemäß Artikel 153 Absatz 2 Unterabsatz 4, Artikel 192 Absatz 2 Unterabsatz 2 oder Artikel 333 Absatz 1 oder Absatz 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union nur zustimmen oder sich bei einer Beschlussfassung enthalten, nachdem der Bundestag hierzu einen Beschluss gefasst hat. § 5 Absatz 1 Satz 2 und 3 gilt entsprechend.

(2) § 5 Absatz 2 gilt entsprechend.

§ 7
Kompetenzverweiterungsklauseln

(1) Der deutsche Vertreter im Rat darf einem Beschlussvorschlag gemäß Artikel 83 Absatz 1 Unterabsatz 3 oder Artikel 86 Absatz 4 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union nur zustimmen oder sich bei einer Beschlussfassung enthalten, nachdem hierzu ein Gesetz gemäß Artikel 23 Absatz 1 des Grundgesetzes in Kraft getreten ist. Ohne ein solches Gesetz muss der deutsche Vertreter im Rat den Beschlussvorschlag ablehnen.

(2) Absatz 1 gilt entsprechend für Satzungsänderungen gemäß Artikel 308 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union.

§ 8
Flexibilitätsklausel

Der deutsche Vertreter im Rat darf einem Vorschlag zum Erlass von Vorschriften gemäß Artikel 352 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union nur zustimmen oder sich bei einer Beschlussfassung enthalten, nachdem hierzu ein Gesetz gemäß Artikel 23 Absatz 1 des Grundgesetzes in Kraft getreten ist. Ohne ein solches Gesetz muss der deutsche Vertreter im Rat den Vorschlag zum Erlass von Vorschriften ablehnen.

§ 9
Notbremsemechanismus

(1) Der deutsche Vertreter im Rat muss in den Fällen des Artikels 48 Absatz 2 Satz 1, des Artikels 82 Absatz 3 Unterabsatz 1 Satz 1 und des Artikels 83 Absatz 3 Unterabsatz 1 Satz 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union beantragen, den Europäischen Rat zu befassen, wenn der Bundestag ihn hierzu durch einen Beschluss angewiesen hat.

(2) Wenn im Schwerpunkt Gebiete im Sinne des § 5 Absatz 2 betroffen sind, muss der deutsche Vertreter im Rat einen Antrag nach Absatz 1 auch dann stellen, wenn ein entsprechender Beschluss des Bundesrates vorliegt.

§ 10
Ablehnungsrecht bei Brückenklauseln

(1) Für die Ablehnung einer Initiative des Europäischen Rates gemäß Artikel 48 Absatz 7 Unterabsatz 3 des Vertrags über die Europäische Union gilt:

1. Wenn bei einer Initiative im Schwerpunkt ausschließliche Gesetzgebungszuständigkeiten des Bundes betroffen sind, kann der Bundestag die Ablehnung der Initiative beschließen.

2. In allen anderen Fällen kann der Bundestag oder der Bundesrat die Ablehnung der Initiative beschließen.

(2) Der Präsident des Bundestages oder der Präsident des Bundesrates unterrichtet die Präsidenten der zuständigen Organe der Europäischen Union über die Ablehnung der Initiative und setzt die Bundesregierung darüber in Kenntnis.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten entsprechend für einen Vorschlag der Europäischen Kommission für einen Beschluss des Rates gemäß Artikel 81 Absatz 3 Unterabsatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union.
§ 11
Subsidiaritätsrüge

(1) Der Bundestag und der Bundesrat können in ih-
ren Geschäftsordnungen regeln, wie eine Entscheidung
über die Abgabe einer begründeten Stellungnahme ge-
mäß Artikel 6 des Protokolls über die Anwendung der
Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßi-
keit herbeizuführen ist.

(2) Der Präsident des Bundestages oder der Präsi-
dent des Bundesrates übermittelt die begründete Stel-
lungnahme an die Präsidenten der zuständigen Organe
der Europäischen Union und setzt die Bundesregierung
darüber in Kenntnis.

§ 12
Unterrichtung

(1) Die Bundesregierung hat den Bundestag und den
Bundesrat in Angelegenheiten dieses Gesetzes umfas-
send, zum frühestmöglichen Zeitpunkt, fortlaufend und
in der Regel schriftlich zu unterrichten. Einzelheiten der
Unterrichtungspflichten aufgrund des Gesetzes über
die Zusammenarbeit von Bundesregierung und Deut-
schem Bundestag in Angelegenheiten der Europäi-
schen Union vom 12. März 1993 (BGBl. I S. 311), das
durch Artikel 2 Absatz 1 des Gesetzes vom 17. Novem-
ber 2005 (BGBl. I S. 3178) geändert worden ist, des
Gesetzes über die Zusammenarbeit von Bund und Län-
dern in Angelegenheiten der Europäischen Union vom
12. März 1993 (BGBl. I S. 313, 1780), das zuletzt durch
Artikel 2 des Gesetzes vom 5. September 2006 (BGBl. I
S. 2098) geändert worden ist, und anderer Regelungen
bleiben unberührt.

(2) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag
und den Bundesrat, wenn der Rat in Vorbereitung einer
Initiative des Europäischen Rates nach Artikel 48 Ab-
satz 7 des Vertrags über die Europäische Union befas-
s wird. Das Gleiche gilt, wenn der Europäische Rat eine
derartige Initiative ergriffen hat. Die Bundesregierung
unterrichtet den Bundestag und den Bundesrat über
einen Vorschlag der Europäischen Kommission nach
Artikel 81 Absatz 3 Unterabsatz 2 des Vertrags über
die Arbeitsweise der Europäischen Union.

(3) Die Bundesregierung übermittelt dem Bundestag
und dem Bundesrat binnen zwei Wochen nach Zulei-
tung von Initiativen, Vorschlägen oder Beschlüssen,
auf die sich die vorstehenden Bestimmungen beziehen,
eine ausführliche Erläuterung der Folgen für die vertrag-
lichen Grundsätzen der Europäischen Union sowie eine
Bewertung der integrationspolitischen Notwendigkeit
und Auswirkungen. Ferner erläutert die Bundesrege-

rung,
1. ob es zur Mitwirkung des Bundestages und des
Bundesrates eines Gesetzes gemäß Artikel 23 Ab-
satz 1 Satz 2 oder 3 des Grundgesetzes bedarf;
2. wenn das Verfahren nach § 9 in Betracht kommt, ob
Entwürfe zu Gesetzesvorschlägen gemäß
a) Artikel 48 Absatz 1 des Vertrags über die Arbeits-
weise der Europäischen Union wichtige Aspekte des
dezetischen Systems der sozialen Sicherheit,
spezifisch dessen Geltungsbereich, Kosten
oder Finanzstruktur, verletzen oder dessen finan-
zielloses Gleichgewicht beeinträchtigen würden,
b) Artikel 82 Absatz 2 oder Artikel 83 Absatz 1 oder 2
des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäi-
schen Union grundlegende Aspekte der deut-
schen Strafrechtsordnung berühren würden.

(4) Bei eilbedürftigen Vorlagen verkürzt sich die Frist
des Absatzes 3 so, dass eine der Integrationsverant-
wortung angemessene Behandlung in Bundestag und
Bundesrat gewährleistet ist. Ist eine besonders um-
fangreiche Bewertung erforderlich, kann die Frist ver-
längert werden.

(5) Über einen Antrag eines anderen Mitgliedstaates
im Rat gemäß Artikel 48 Absatz 2 Satz 1, Artikel 82 Ab-
satz 3 Unterabsatz 1 Satz 1 oder Artikel 83 Absatz 3
Unterabsatz 1 Satz 1 des Vertrags über die Arbeits-
weise der Europäischen Union unterrichtet die Bundes-
regierung den Bundestag und den Bundesrat unver-
züglich schriftlich. Diese Unterrichtung umfasst die
Gründe des Antragstellers.

(6) Zu Vorschlägen für Gesetzgebungsaakte der Euro-
päischen Union übermittelt die Bundesregierung bin-
nen zwei Wochen nach Überweisung an die Aus-
sschüsse des Bundestages, spätestens jedoch zu Be-
ginn der Beratungen in den Ratsgremien, eine umfas-
sende Bewerfung. Sie enthält Angaben zur Zuständig-

keit der Europäischen Union zum Erlass des vorge-
schlagenen Gesetzgebungsaaktes und zu dessen Ver-
einbarkeit mit den Grundsätzen der Subsidiarität und
Verhältnismäßigkeit.

Artikel 2
Änderung des Richterwahlgesetzes

Das Richterwahlgesetz in der im Bundesgesetzblatt
Teil III, Gliederungsnummer 301-2, veröffentlichten be-
reinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 3
des Gesetzes vom 17. November 2005 (BGBl. I S. 3178)
geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Dem § 1 wird folgender Absatz 3 angefügt:

„(3) Die von der Bundesregierung nach Artikel 253
des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäi-
schen Union (Gesetz vom 8. Oktober 2008 zum Ver-
trag von Lissabon vom 13. Dezember 2007,
BGBl. 2008 II S. 1038) zur Ermennung zu Richtern

und Generalanwälten des Gerichtshofs vorzuschla-
genden Persönlichkeiten und die von der Bundesre-
geierung nach Artikel 254 des Vertrags über die Ar-
beitsweise der Europäischen Union zur Ernennung
tzu Mitgliedern des Gerichts vorzuschlagenden Per-
sonlichkeiten werden von der Bundesregierung im
Einvernehmen mit dem Richterwahlausschuss be-

annt.“

2. Dem § 3 wird folgender Absatz 3 angefügt:

„(3) Für das Verfahren nach § 1 Absatz 3 regeln
die Länder, welcher Landesminister Mitglied kraft
Amtes ist.“

3. Dem § 10 Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:

„Der Bundesminister der Justiz und die Mitglieder
der Richterwahlausschüsse können vorschlagen,
wer im Verfahren nach § 1 Absatz 3 von der Bundes-
regierung nach Artikel 253 des Vertrags über die Ar-
beitsweise der Europäischen Union zum Richter
oder Generalanwalt des Gerichtshofs benannt wer-
nen soll und wer im Verfahren nach § 1 Absatz 3 von
der Bundesregierung nach Artikel 254 des Vertrags
über die Arbeitsweise der Europäischen Union zum Mitglied des Gerichts benannt werden soll.


Artikel 3
Aufhebung des Gesetzes
über die Ausweitung und
Stärkung der Rechte des Bundestages
und des Bundesrates in Angelegenheiten der
Europäischen Union vom 17. November 2005

Das Gesetz über die Ausweitung und Stärkung der Rechte des Bundestages und des Bundesrates in An-

Artikel 4
Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 22. September 2009

Der Bundespräsident
Horst Köhler

Die Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

Der Bundesminister des Auswärtigen
Steinmeier

Der Bundesminister des Innern
Schäuble

Die Bundesministerin der Justiz
Brigitte Zypries